



Geschäftszeichen:  
BHUUWA-2024-248137/6-NE

Bearbeiter/-in: Margarete Neundlinger  
Tel: 0732 731301-72411  
Fax: 0732 731301-272399  
E-Mail: bh-uu.post@ooe.gv.at

Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung  
Peuerbachstraße 26  
4041 Linz

Linz, 12.03.2025

**Marktgemeinde Vorderweißenbach;  
Oberflächenentwässerung -  
Versickerungsanlage Piberschlag,  
Ortsteil Piberschlag;  
wasserrechtliche Bewilligung**

## Anberaumung einer mündlichen Verhandlung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben folgende Angelegenheit, an der Sie beteiligt sind, zu bearbeiten:

Die Marktgemeinde Vorderweißenbach, Hauptstraße 4a, 4191 Vorderweißenbach, hat unter Vorlage von Projektunterlagen, ausgearbeitet von der WBI Wasser Bau Ingenieure GmbH, 4030 Linz, um die Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung für die Oberflächenentwässerung – Versickerungsanlage Piberschlag, Ortsteil Piberschlag, Grundstück 1195/1, KG Schönegg, Marktgemeinde Vorderweißenbach, angesucht.

In dieser Angelegenheit wird eine mündliche Verhandlung anberaumt.

<b>Ort (Treffpunkt):</b> <b>Marktgemeindeamt Vorderweißenbach, Hauptstraße 4a, 4191 Vorderweißenbach</b>	
<b>Datum:</b> <b>Donnerstag, den 03.04.2025</b>	<b>Zeit:</b> <b>13:00 Uhr</b>

Bitte kommen Sie persönlich zur Verhandlung oder entsenden Sie an Ihrer Stelle einen Bevollmächtigten. Sie können auch gemeinsam mit Ihrem Bevollmächtigten zu uns kommen.

Bevollmächtigt kann eine eigenberechtigte natürliche Person, eine juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft sein. Personen, die unbefugt die Vertretung anderer zu Erwerbszwecken betreiben, dürfen nicht bevollmächtigt werden.

Der Bevollmächtigte muss mit der Sachlage vertraut sein und sich durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen können. Die Vollmacht hat auf Namen oder Firma zu lauten.



Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn Sie sich durch einen zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person – z.B. einen Rechtsanwalt, Notar, Wirtschaftstreuhänder oder Ziviltechniker – vertreten lassen,
- wenn Ihr Bevollmächtigter seine Vertretungsbefugnis durch seine Bürgerkarte nachweist,
- wenn Sie sich durch uns bekannte Angehörige (§ 36a des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG), Haushaltsangehörige, Angestellte oder durch uns bekannte Funktionäre von Organisationen vertreten lassen und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht,
- wenn Sie gemeinsam mit Ihrem Bevollmächtigten zur Verhandlung kommen.

Bitte bringen Sie zur Verhandlung diese Verständigung mit oder veranlassen Sie, dass Ihr Bevollmächtigter diese mitbringt.

### **Genauere Beschreibung des Verhandlungsgegenstandes:**

Die Niederschlagswässer aus der zukünftigen Wohnbebauung (Dach- Park- und Zufahrtsflächen) sowie die Wässer aus der bestehenden Gemeindestraße werden gemeinsam in die Versickerungsanlage abgeleitet. Über die Versickerungsanlage werden die Wässer über eine mindestens 30 cm mächtige Humusschicht in den anstehenden Boden verbracht. Der anstehende Boden unterhalb der Humusschicht besteht aus Felsersatz (Flins) und ist nur gering bis mäßig sickertfähig. In der hydraulischen Berechnung wird ein  $k^f$ -Wert für die Humus und für die anstehende Bodenschicht mit  $1 \times 10^{-5}$  verwendet. Zum Ausgleich von unterschiedlichen Sickerfähigkeiten zwischen den Bodenschichten ist unterhalb der Humusschicht ein Kieskörper (Rundkorn 16/32) mit einer Mächtigkeit von 50 cm herzustellen. Durch den Kieskörper wird ein zusätzliches Volumen von etwa  $V_{\text{Kieskörper}} = 500 \text{ m}^2 \times 0,5 \text{ m} \times 0,03 = 7,5 \text{ m}^3$  erreicht. Der Kieskörper ist mit einem entsprechenden Trennvlies allseits zu ummanteln.

Die Straßenwässer werden, wie im derzeitigen Zustand, entsprechend dem bestehenden Längsgefälle oberflächlich bzw. über einen bestehenden RW-Kanal (Beginn des RW-Kanal bei Parkplatz) abgeleitet. Im Tiefpunkt, am unteren Ende der Straße werden die Niederschlagswässer in die Beckenanlage abgeleitet. Die Gemeindestraße im Projektbereich ist derzeit noch eine Schotterstraße. Bei der Fertigstellung dieses Straßenabschnittes ist auf eine entsprechende Querneigung der Fahrbahn in Richtung Beckenanlage im unteren Straßenbereich zu achten. Weiters sind Leistensteine ( $h=15 \text{ cm}$ ) als Straßenbegrenzung vorzusehen. Durch diese Maßnahmen können die Straßenwässer im unteren Abschnitt (Projektbereich) schadlos in die Beckenanlage abgeleitet und versickert werden. Die Einleitung der Niederschlagswässer in das Retentionsbecken erfolgt mit einem Regenwasserkanal PVC DN 250.

Vor der Beckenanlage wird beim bestehenden RW-Kanal ein Schacht eingeführt und ein neuer Strang (PVC DN 250) zur Ableitung in das Retentionsbecken hergestellt. Der restliche Teil des bestehenden RW-Kanals wird abgebrochen.

### Konsensantrag

Die Konsenswerberin, die Marktgemeinde Vorderweißenbach, beantragt die Ableitung von Niederschlagswässern aus Dach-, Park und Straßenflächen über die Versickerungsanlage im Ortsteil Piberschlag auf der Parzelle 1195/1 im Gesamtausmaß von  $3,10 \text{ l/s}$  bzw.  $268 \text{ m}^3/\text{d}$ .

Die näheren technischen Einzelheiten sind in den zur Einsicht aufliegenden Projektunterlagen dargestellt. Sie können in diese Unterlagen während der Kundenzeiten Einsicht nehmen.

**Sie können in nachstehende Projektunterlagen Einsicht nehmen:**

Wasserrechtliches Einreichprojekt der WBI Wasser Bau Ingenieure, Kremsmünstererstraße 6, 4030 Linz, vom 17.1.2022, W22-023	
Ort der Einsichtnahme:	Zeitraum:
<ul style="list-style-type: none"><li>• bei der Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung, Anlagenabteilung-Wasserrecht, Peuerbachstraße 26, 4041 Linz, <b>nach telefonischer Terminvereinbarung</b> (Tel.-Nr.: 0732/731301/72411)</li></ul>	Während der Kundenzeiten
<ul style="list-style-type: none"><li>• beim Marktgemeindeamt Vorderweißenbach, <b>nach telefonischer Terminvereinbarung</b> (Tel.-Nr.: 07219/6055)</li></ul>	Während der Kundenzeiten

**Rechtsgrundlagen:**

§§ 40 - 42 Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 (AVG)

§ 32 iVm §§ 11-13, 14, 98, 105 und 107 Wasserrechtsgesetz 1959 (WRG 1959), BGBl. Nr. 215/1959 idgF

Wir weisen darauf hin, dass die Verhandlung – abgesehen von Ihrer persönlichen Verständigung –

- an der Amtstafel der Marktgemeinde Vorderweißenbach
- durch Verlautbarung unter der Internetadresse <http://www.bh-urfahr-umgebung.gv.at>

kundgemacht wurde.

Soweit nach dem Antrag **fremde Privatgrundstücke für Leitungsanlagen** herangezogen werden sollen, weisen wir auf Folgendes hin:

Wenn der betreffende Grundeigentümer nicht ausdrücklich Einwendungen erhebt, und die Grundinanspruchnahme unerheblich ist, ist mit der Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung die Dienstbarkeit der Errichtung und des Betriebes, der Wartung und Erhaltung dieser Leitungsanlagen zugunsten des Antragstellers als eingeräumt anzusehen. Wir nehmen in einem solchen Fall an, dass die Zustimmung zur erforderlichen Grundinanspruchnahme unter der Voraussetzung der ordnungsgemäßen Rekultivierung betroffener Grundflächen erfolgt. **Dies gilt auch für Anlageteile, die in diesem Verfahren neu wasserrechtlich bewilligt werden, als auch für Anlageteile, welche bereits fertiggestellt sind und nachträglich wasserrechtlich bewilligt werden.**

**Allgemeine Hinweise:**

Bringen Sie bitte diese Verständigung zur Verhandlung mit. Für Sie bestimmte Vermerke finden Sie gegebenenfalls auf der **Verständigungsliste**.

**Als Antragsteller beachten Sie bitte**, dass die Verhandlung **in Ihrer Abwesenheit** durchgeführt oder auf Ihre **Kosten** vertagt werden kann, wenn Sie die Verhandlung **versäumen** (Ihr Vertreter diese versäumt). Wenn Sie aus wichtigen Gründen – z.B. Krankheit, Gebrechlichkeit oder Urlaubsreise - nicht kommen können, teilen Sie uns dies sofort mit, damit wir allenfalls den Termin verschieben können.

**Als Partei oder sonstiger Beteiligter** beachten Sie bitte, dass Einwendungen, die Sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung der Behörde mündlich oder schriftlich bekannt geben oder mündlich während der Verhandlung vorbringen, nicht berücksichtigt werden können. In diesem Fall verlieren Sie ihre Stellung als Partei; es wird angenommen, dass Sie dem Vorhaben oder den Maßnahmen, die den Gegenstand der Verhandlung bilden, zustimmen. Der Verlust der

Parteistellung hat zur Folge, dass Ihnen die Behörde keine Ausfertigung des Bescheides übermitteln wird.

Wenn Sie jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert waren, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und Sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, können Sie **binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses**, das Sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der **rechtskräftigen Entscheidung** der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Bitte beachten Sie, dass eine längere Ortsabwesenheit kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis darstellt.

Eine persönliche Ladung ergeht nur an den Antragsteller, die berührten Grundeigentümer, die im Wasserbuch eingetragenen Wasserberechtigten und die Fischereiberechtigten (bitte entsprechende Unterlagen, z.B. Urkunden, Wasserbuchauszüge etc. als Nachweis mitbringen). Für alle anderen Parteien sowie die sonstigen Beteiligten gilt der Anschlag der Kundmachung in der Gemeinde sowie die Anberaumung der mündlichen Verhandlung auf unserer Homepage als Ladung.

In Umsetzung der DSGVO wird die Adressatenliste mit den vollständigen Adressen nur mehr bei dem Kundmachungsexemplar für die jeweilige Gemeinde als separates Blatt, mit dem an die Gemeinde gerichteten Ersuchen

- a) an der Verhandlung teilzunehmen,
- b) eine Kundmachung (ohne die u.a. Adressatenliste) an der Amtstafel anzuschlagen und die mitfolgenden Projektunterlagen zur Einsicht beim Gemeindeamt aufzulegen,
- c) vom Vorhaben berührte Grundeigentümer, die versehentlich nicht geladen wurden oder bei denen ein Besitzwechsel oder eine Änderung in der Zustelladresse eingetreten ist, mittels beiliegender Kundmachung nachweisbar zu laden, sowie
- d) bei der Verhandlung dem Verhandlungsleiter/ der Verhandlungsleiterin die Ladungsnachweise der Parteien und Beteiligten, die mit der Anschlagsklausel versehene Kundmachung und die Projektunterlagen zu übergeben, übermittelt.

Freundliche Grüße

Für den Bezirkshauptmann:

Lucie Auer

Ergeht an:

Marktgemeinde Vorderweißbach

Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung Wasserwirtschaft

Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft, Abt. Wasserwirtschaft / Wasserwirtschaftliches Planungsorgan

Wasser Bau Ingenieure

Daniel Atzmüller

Abteilung Land- und Forstwirtschaft, zH DI Steinmayr Michael, BEd

Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung

Nutzen Sie die Möglichkeit mit uns per E-Mail in Kontakt zu treten ([bh-uu.post@ooe.gv.at](mailto:bh-uu.post@ooe.gv.at))!

**Hinweise:**

Dieses Dokument wurde amtssigniert. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter:

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/amtssignatur>.

Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: <http://www.land-oberoesterreich.gv.at/datenschutzmitteilung-bhurfahrumgebung.htm>

Wenn Sie mit uns schriftlich in Verbindung treten wollen, richten Sie Ihr Schreiben bitte per E-Mail an [bh-uu.post@ooe.gv.at](mailto:bh-uu.post@ooe.gv.at) oder per Post an die Bezirkshauptmannschaft Urfahr-Umgebung, Peuerbachstraße 26, 4041 Linz, und führen Sie das Geschäftszeichen dieses Schreibens an.

Kundenzeiten: Mo., Mi., Do., Fr. 7:30-12:00 Uhr, Di. 7:30-17:00 Uhr

und Amtsstunden: Mo., Di., Do. 7:00-12:00 Uhr und 12:30-17.00 Uhr, Mi. 7.00-13:00 Uhr, Fr. 7:00-12:30 Uhr

